

Sehr geehrte Frau Sieber,

herzlichen Dank für Ihre Email!

Aufgabe bündnisgrüner Politik ist es, die Rahmenbedingungen, in denen sich soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ausbildet, so zu beeinflussen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt und miteinander die Gesellschaft, in der sie leben, gestalten können. Geschlechterpolitik hat damit Konsequenzen für alle anderen Politikfelder: für die Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft, von Lebensweisen und Familie, von sozialer Sicherung und Steuern, von Bildung und Wissenschaft, von Forschung und Technologie. Alle Politikfelder müssen auf den Prüfstand der Geschlechtergerechtigkeit.

Vor diesem Hintergrund beziehe ich gerne Position zu Ihren Fragen:

1. Frauen und existenzsichernde Erwerbsarbeit GRÜNE wollen, dass Frauen den gleichen Zugang zu erwerbssichernder Arbeit haben wie Männer. Insbesondere in der Privatwirtschaft haben freiwillige Vereinbarungen bisher keine Erfolge gezeigt. Daher halten wir gesetzliche Regelungen für nötig. Dazu gehört auch die Koppelung der Vergabe öffentlicher Aufträge an Maßnahmen zur Gleichstellung.

Junge Frauen wollen Erwerbstätigkeit, Partner und Kinder verbinden. Finanzielle Unabhängigkeit und ein eigener Beruf sind für sie die Voraussetzung, sich den Kinderwunsch erfüllen zu können. 85% der in der Studie Befragten legten auf diese finanzielle Unabhängigkeit großen Wert. Wir brauchen:

. Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das unterschiedliche Betriebsgrößen und Branchen berücksichtigt . Gesetzliche Vorschriften zur Erreichung gleicher Löhne für gleichwertige Arbeit . Gesetzliche Mindestlöhne -- von ihnen würde jede 4. Frau profitieren . Strategien gegen Armut trotz Arbeit: Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen auch für bisher geringfügig Beschäftigte . Den Aufbau einer eigenständigen Existenzsicherung . Eine andere Unternehmenskultur, z. B.: bei der Leistungsbewertung, bei der Unterstützung der Vereinbarkeit bei beiden Geschlechtern . Einen veränderten Umgang mit Zeit in der Arbeitswelt, der sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientiert

2. Gleichberechtigte Verteilung der finanziellen Ressourcen zwischen Frauen und Männern In Bayern wird die Geschlechterperspektive bei Aufstellung und Umsetzung der öffentlichen Haushalte nicht angemessen berücksichtigt. Damit werden bestehende Ungleichheiten verstärkt. Wir haben uns bereits in der Vergangenheit für die Anwendung von Gender Budgeting eingesetzt, um im Staatshaushalt Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Und wir werden es auch in Zukunft tun.

3. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Gestaltungsmacht Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Frauen wollen die Hälfte der Macht. Auch wenn durch die Emanzipation der Frauen in den letzten Jahren viel bewegt und verändert wurde und viele Mädchen und Frauen heute sehr selbstbewusst ihren Platz im Beruf und im öffentlichen Leben erobert haben, werden Wirtschafts- und Arbeitswelt, ebenso wie Politik und Gesellschaft nach wie vor noch sehr stark von den traditionellen Geschlechterverhältnissen bestimmt.

Mit der Einführung der Frauenquote und der Mindestparität ist unsere Partei einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Frauen haben sich bei uns erfolgreich in allen Ebenen etabliert. Durch unser Vorbild sind Quotierungen heute in kaum einer Partei mehr wegzudenken. Wir wollen Frauen aber nicht nur innerhalb

unserer eigenen Parteistrukturen nach vorn stellen. Wir treten dafür ein, die Hälfte der Führungspositionen in Politik und in gesellschaftlichen Institutionen, in Hochschulen, Kultur und Wissenschaft, im öffentlichen Dienst und auch in der freien Wirtschaft weiblich zu besetzen. Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel bündnisgrüner Politik. Durch Gesetze, Dialog und Überzeugungsarbeit wollen wir in Politik und Gesellschaft die Weichen zur Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit stellen. Wir unterstützen Mentoring-Projekte und Frauennetzwerke, die für Mädchen und Frauen Aufstiegswege eröffnen und erleichtern.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Erste Aufgabe in der Familienpolitik ist der Ausbau der Kinderbetreuung durch mehr Plätze für alle Altersgruppen, insbesondere unter Dreijährige und Hortbetreuung, sowie eine deutlich bessere Qualität der frühkindlichen Bildung. Davon haben alle Kinder und Eltern etwas. Ebenso brauchen wir mehr Bewegung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Unternehmen. Nur ca. acht Prozent aller Unternehmen haben dazu Betriebsregelungen und die richten sich oft nur an Mütter. Das ist zu wenig. Übrigens auch für die Wirtschaft selbst, denn für die Unternehmen lohnt es sich, gut ausgebildete Frauen im Betrieb zu halten. Wir wollen die Nutzung und der Ausbau der Flexibilisierungs- und Teilzeitpotentiale in den Betrieben weiter vorantreiben, um insbesondere die Rahmenbedingungen für die Teilhabe von Vätern und Müttern am Erwerbsleben entscheidend zu verbessern. Die Nutzung von Teilzeitarbeit ist zentraler Baustein, um zu ermöglichen, dass sich Erziehende nicht zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen.

Seit Rot-Grün im Jahr 2001 das Teilzeit- und Befristungsgesetz modernisiert hat, haben ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit mehr als 15 Mitarbeitern einen Anspruch auf Teilzeitarbeit gegenüber ihrem Arbeitgeber. Mit der Neufassung des Erziehungsgeldgesetzes - ebenfalls im Jahr 2001 - haben wir den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit während der Elternzeit umgesetzt. Wir wollen prüfen, ob zusätzlich ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankert werden sollte, um auf diese Weise die Lebensplanung und die phasenweise Nutzung von Teilzeit zu erleichtern. Die Niederlande haben damit gute Erfahrungen gemacht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen außerdem vor, das Modell der Altersteilzeit in den nächsten Jahren um ein Modell der Lebensphasen-Teilzeit zu ergänzen. Die Lebensphasen-Teilzeit soll flexibel Weiterqualifizierung oder Elternarbeit ermöglichen.

5. Frauen und Gesundheit

Dass sich die Medizinforschung in Bezug auf die Diagnose und Therapie bisher im Wesentlichen am Durchschnittsmann orientiert hat ist ein Problem. Insbesondere am Beispiel Herzinfarkt, an dem mittlerweile fast genauso viele Frauen leiden wie Männer, kann deutlich belegt werden, dass sich Symptome und Krankheitsverlauf wesentlich unterscheiden. Um eine schnelle Korrektur des bisherigen Kurses zu gewährleisten, legten die Grünen im Bayerischen Landtag ein Antragspaket Frauengesundheit vor. Zentrale Forderungen zielen auf die Vorlage eines Gesamtkonzepts Frauengesundheit, das Gesundheitsziele formuliert und eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitsberichterstattung festschreibt. Mittels lokaler und regionaler Gesundheitskonferenzen soll darüber hinaus das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger über frauenspezifische Gesundheitsprobleme geschärft werden. Unterstützt werden soll dies mit regelmäßigen landesweiten Aktionswochen.

6. Ehrenamt

Der Staat hat die Aufgabe seinen einzelnen Bürgerinnen und Bürgern und

den von Ihnen getragenen Vereinen, aber auch Kommunen zum einen die Autonomie zu geben, selbstverantwortlich zu Handeln, zum anderen aber auch die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wer Bürgergesellschaft sagt, der muss das Ehrenamt fördern. Die bayerische Finanzpolitik macht das glatte Gegenteil: Ob die Kürzungen in der Jugendpolitik, im Sport oder bei den vielen sozial aktiven Selbsthilfeorganisationen mit dieser Politik schadet sie dem Ehrenamt in ganz Bayern.

7. Schutz des Sonntags

Sonntag und Feiertag haben in unserer Gesellschaft eine hohe kulturelle und soziale Bedeutung. Für einen Teil der Bevölkerung aus religiösen Motiven, für nahezu alle aber aus sozialen Gründen. Deshalb stehen wir allen Bestrebungen von der CSU den Schutz der Sonn- und Feiertage durch gesetzliche Maßnahmen aushebeln ablehnend gegenüber, egal ob es sich um den Betrieb von Autowaschanlagen oder um Ladenöffnungszeiten handelt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Eike Hallitzky
MdL Bündnis 90/Die Grünen
Abgeordneter für Niederbayern